

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler & Co., G. F. Panke & Co., Invalidendank. Verantwortlich für den Inhalt: W. Braun in Posen. Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertunddritter

Jahrgang.

Nr. 394

Montag, 8. Juni.

1896

## Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 6. Juni, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die Generaldebatte zur dritten Berathung des Börsegesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (kon.): Die Gegner des Verbots des Getreideterminhandels haben sich gestern widersprochen. Die Herren Frese und Träger sagten, daß die Landwirtschaft keinen Vortheil von dem Verbot des Terminhandels hätte, während der Abg. Singer eine Steigerung der Getreidepreise voraussagte. Ich bin der Ansicht, daß das Verbot des Terminhandels weder eine Verbilligung noch eine Vertheuerung des Getreides herbeiführen würde. Doch läßt es sich nicht leugnen, daß in dem Theuerungsjahr 1891 durch den Terminhandel die Getreidepreise noch weit höher gekraut wurden, die großen Getreidehändler sich gegenwärtig erhebliche Einkünfte zu. Wir haben bei dem Verbot des Terminhandels ein absolut gutes Gewissen, namentlich dem Handelsstande gegenüber, wir befinden uns dabei im Einklang mit allen realen und sozialen Getreidehändlern Deutschlands. Nur die Getreidehändler, die unter dem Banner der Berliner Börse stehen, haben ein Interesse an dem Getreideterminhandel. Herr Frese hat uns noch einen Popanz an die Wand gemalt, indem er sagte, die Dantel und die Holländer jubelten über das Verbot des Terminhandels in Deutschland. Davon lassen wir uns nicht beirren. In Rotterdam ist der Terminhandel gleich wieder abgeschafft worden. Redner befürwortet die von ihm eingebrachte Resolution, die Regierungen aufzufordern, sich mit anderen Staaten beizugehen, die Abschaffung des Getreideterminhandels in Verbindung zu setzen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antil.): Wir verstehen keineswegs die große Bedeutung einer vor großen Ausschreitungen geschützten Börse in einem gesunden Volksstaate, aber die Börse soll der Diener, nicht der Herr der Produktion sein. Die Börsenpreise, die vor kurzer Zeit noch über das Verbot des Getreideterminhandels außer sich war, ist seit dem Bekanntwerden der Manipulationen des Kommerzialsyndikats wieder bescheidener geworden. Wir Antisemiten hätten das Gesetz gerne noch verschärft und auch den Terminhandel in anderen Waaren verboten. Wer durchspielen will, möge Termingeschäfte in Wallfischen oder in Funtispielen machen, oder auf falsche Wetterberichte wetten. Redner polemisiert dann noch gegen Äußerungen des Abg. Fischel bei der zweiten Lesung. Die antisemitische Fraktion hat nur korrekter gehandelt, indem sie keine spezifisch antisemitischen Anträge gestellt hat. Sonst hätten die Judenblätter schreiben können, als ob die ganze Börsenreform nur ein Ausfluß antisemitischer Ideen sei. Schon das Zustandekommen der Börsenreform in diesem Hause ist ein Sieg des antisemitischen Gedankens. Denn von der Börse gilt das Dichterwort: Wo Ihr Hineinreißt, da pakt Ihr Juden. (Gelächter.) Ein latenter Antisemitismus ruht in jeder arischen Brust. (Gelächter.) Herr Singer sollte es doch mit Freuden begrüßen, daß nach Erlaß dieses Gesetzes die bösen Agaxier moralisch nicht mehr fehlen können, er ist aber gegen das Börsegesetz, weil er nicht will, daß die Börse, die mildernde Auh der Sozialdemokratie, geschädigt werde.

Abg. Singer (Soz.): Der Vorredner mißversteht unsere Ausführungen abfällig oder kehrt sie in das Gegenteil um. Unsere Haltung zum Börsegesetz ist durchaus konsequent. Die öffentliche Meinung haben wir Sozialdemokraten nicht zu scheuen. Vergleichen Sie (zu den Antisemiten) doch die fittliche Qualität Ihrer Führer mit der der sozialdemokratischen Führer. Unter uns sitzen keine Buchhändler, wir haben keine Meinungsäußerer unter uns und auch keine Leute in der Partei, die in der öffentlichen Meinung mit Recht verachtet. Wir können also den Vergleich mit den Antisemiten sehr wohl aushalten. So wenig ich geneigt bin, solche Sachen hier zu verhandeln, so muß doch einmal geschehen, weil das Gebahren der Antisemiten innerhalb und außerhalb des Hauses zu Gewohnheiten sich ausbildet, bei denen man entweder mit dem Dreifache bremsen oder stillschweigend seine Verachtung ausdrücken muß.

Vizepräsident Schmidt: Ich bitte den Redner, sich in seinen Ausführungen bezüglich der Herren Antisemiten im Hause zu mäßigen.

Abg. Singer (fortfahrend): Will ein nebenstehlicher Punkt in meinen Angaben bezüglich des Abg. von Bloß nicht richtig war, so folgt er, daß meine ganzen Ausführungen unrichtig sind. Man kann Herrn von Bloß zu dieser Behauptung gratulieren. Ich habe ihm nicht zum Vorwurf gemacht, daß er solche Geschäfte betreibt, sondern nur, daß er trotzdem hier dieselben Geschäfte bei anderen beurteilt. Herr von Bloß bedurfte einer so langen Rede, um die Hauptfrage zu verdrängen und außer Acht zu lassen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Interessant war es mir, daß Herr von Bloß behauptete, gewissermaßen nur studi causa Termingeschäfte gemacht zu haben. Er meinte, daß ganz kleine Termingeschäfte erlaubt seien. Dies erinnert mich an eine englische Novelle, in der eine sehr moralische Dame einer Amme den Vorwurf machte, daß sie ein Kind habe, trotzdem sie nicht verheiratet sei. Die Amme erwiderte dann: „Aber nur ein ganz kleines!“ (Stürmische Heiterkeit.) So klein sind übrigens die Börsengeschäfte des Herrn von Bloß nicht, er hat einige Male 500 Tonnen gehandelt, das sind 10000 Zentner. Dabei können sich schon ganz artige Differenzen ergeben. Ich weiß einen Fall, wo jemand 60000 Mark bei 500 Tonnen verloren hat, d. h. verloren ist wohl nicht der richtige Ausdruck, denn er hat die Differenzen nicht bezahlt. (Heiterkeit.) Herr v. Bloß hat selbst zugegeben, daß er vor zwei Jahren Getreidetermingeschäfte gemacht hat. Damals war er aber schon Präsident des Bundes der Landwirtschaft, und dieser nahm damals schon energisch gegen den Terminhandel Stellung. Niemand wird in der konservativen Presse mehr verleumdet als die sozialdemokratischen Arbeiterführer. Wir haben also keinen Grund, unsere Gegner zu schonen, die uns am liebsten mit Strick und Galgen bedrohen möchten, damit sie das mahnende Gewissen hier im Hause nicht mehr zu hören brauchen. Wir unter-

schreiben uns auch darin vorthellhaft von anderen Parteien, daß wir nur Dinge vorbringen, für die wir Beweise haben. Der Abg. Bloß hat meine Ausführungen in zweiter Lesung unverkürzt und meine Berichte als gemeine Lügen bezeichnet. Er hat es sich also selbst zuzuschreiben, wenn ich den Beweis geliefert habe, daß er an der Börse anders handelt, als er in der Presse schreibt und im Reichstage spricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gahn (bei keiner Partei): Herr Singer sollte, bevor er hier Vorwürfe erhebt, die Thätigkeit des Bundes der Landwirtschaft und des Herrn v. Bloß etwas näher kennen zu lernen suchen. Der Bund der Landwirtschaft wendet sich nicht gegen den Einzelnen, der einmal spekuliert, sondern gegen die Ausplünderung des Volkes durch die kapitalistischen Börsenkreise. Man könnte ebenso gut jemand vorwerfen, daß er einmal Stat gespielt hat nicht um ein Rehtel Pfennig, sondern um einen ganzen Pfennig. (Gelächter links.) Der Bund der Landwirtschaft hat kein Mittel mit denen, die ihr Geld verpekulten, und er hätte auch mit Herrn v. Bloß in solchem Falle kein Mittel. Die wenigen Geschäfte, die Herr v. Bloß gemacht hat, berechnen sich den Abg. Singer nicht zu solchem Vorwurf. Herr v. Bloß hat nichts gethan, was ihn zu seiner politischen Stellung in Gegensatz bringt. (Aachen links.) Warum hat Herr Singer gestern nur konervative Aufsichtsräte genannt? Es giebt doch auch unter den Freisinnigen eine ganze Menge Aufsichtsräte. Ueber die Sozialdemokraten bin ich in dieser Beziehung nicht so genau orientiert, aber bei der intimen Freundschaft, die sich neuerdings zwischen ihnen und den Freisinnigen anbahnt, ist es doch möglich, daß auch die Sozialdemokraten einmal Aufsichtsräthchen bekommen. Ich begrüße das Börsegesetz, aber erst durch den Antrag Kanitz wird der Landwirtschaft dauernd geholfen.

Abg. Dr. Barth (Frl. Volksp.): Der Vorredner will nicht diejenigen treffen, die Termingeschäfte machen, sondern nur die, mit denen sie solche Geschäfte machen. Nach seinen Ausführungen erscheint Herr v. Bloß doch etwas zu naiv. Der Abg. Liebermann von Sonnenberg hat ganz Recht, wenn er sagt, daß in diesem Gesetz antisemitischer Geist lebt, denn es ist hervorgegangen aus den Bestrebungen der Antisemiten und des Bundes der Landwirtschaft. Wir bekämpfen die Einengung des großen Marktes, wie er durch das Verbot des Termingeschäfts bewirkt wird. Den Schaden trägt sowohl der Produzent als auch der Konsument, und nur die großen Getreidehändler sind damit einverstanden. Wer nicht einseitige kapitalistische Interessen vertritt, sondern die des gesammten Handels, der muß entschieden für das Termingeschäft eintreten. Herr Baasche hat sich ja durch sein Auftreten den besonderen Dank der Agrarier erworben, es wurde sogar in einer Resolution ausgesprochen, daß es ihm gelungen sei, die nationalliberale Partei zu einer agrarischen zu machen; Herr Baasche hat aber diesen Dank bescheiden abgelehnt. Den Landleuten thut in erster Linie eine bessere kaufmännische Ausbildung noth, sie müssen wissen, wo sie ihre Waaren anbringen können. Dann wird auch der sogenannte agrarische Nothstand verschwinden. Auch die verbündeten Regierungen halten ja das Verbot des Terminhandels für einen Schwabenstreich, und sie geben dem Verbot nicht Folge, weil sie von der Nothwendigkeit desselben überzeugt sind, sondern nur um ihr Entgegenkommen gegen die Agrarier zu beweisen. Der Antrag Kanitz, der die Regierungen auffordert, mit anderen Staaten wegen Aufhebung des Terminhandels in Verbindung zu treten, wird hoffentlich keine Aussicht auf Annahme haben. Durch das Börsenregister wird der fundamentale Grundsatz der kaufmännischen Ehre verletzt. (Beifall links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg polemisiert gegen den Abg. Singer. Er habe in seiner Jugend allerdings einmal in Bucherhänden gesteckt und gefehlt, habe das aber auch schwer gesühnt und liehe seit 16 Jahren in der Offenlichkeit, ohne daß man ihm etwas vorwerfen könne.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—37 debattirt gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien, Deutschen Volkspartei und Sozialdemokraten angenommen. § 38 wird mit einer redaktionellen Aenderung der Abgg. Graf Arnim und Genossen angenommen.

§ 39 erhält auf Antrag Graf Arnim (Kpt.) und Genossen im zweiten Absatz folgende Fassung: Die Zulassung von Antisemitismen oder antisemitischen Obligationen ausländischer Erwerbsgesellschaften ist davon abhängig, daß die Emittenten sich auf die Dauer von fünf Jahren verpflichten, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung jährlich nach Feststellung derselben in einer oder mehreren von der Zulassungsstelle zu bestimmenden deutschen Zeitungen zu veröffentlichen.

Ohne Debatte werden die §§ 40—49 angenommen.

Die §§ 50 und folgende enthalten Bestimmungen über den Terminhandel, § 50 u. a. das in zweiter Lesung angenommene Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten.

Abg. Graf Schwerin-Pölowitz (kon.): Ich habe früher selbst an der Berliner Börse Getreidetermingeschäfte gemacht. Ich bedauere jedoch, daß der Getreidehandel in den letzten Jahren sich so verändert hat, und daß an der Börse so große Ausschreitungen Platz gegriffen haben. Deshalb ist es mir in Zukunft nicht möglich, Geschäfte zu machen, wie ich sie früher unbedenklich machen konnte. Jetzt wird in dem Terminhandel häufig das gemacht, was der Franzose corriger la fortune nennt. Deshalb werde ich aus moralischen Gründen für das Verbot des Getreideterminhandels stimmen, wenn ich auch eine erhebliche Preissteigerung des Getreides nicht erwarte.

Abg. Graf Arnim (Kpt.) begründet einen Antrag, dem § 50 einen Zusatz hinzuzufügen, wonach Rechtsansprüche aus in Getreide und Mühlenfabrikaten abgeschlossenen börsenmäßigen Termingeschäften auch dann unklagbar sind, wenn die betreffenden Geschäfte im Auslande abgeschlossen sind. Etwas schon Geschehenes kann zurückgefordert werden. Die Zwangsversteigerung aus solchen Urtheilen ausländischer Gerichte, welche durch dieses Gesetz verbotene Termingeschäfte betreffen, findet nicht statt. Nachdem wir die Klagepartei im Inlande beklagt haben, müssen

wir ihn konsequenterweise auch für Geschäfte, die im Auslande gemacht sind, beklagen. Dies ist um so mehr gerechtfertigt, als die Börsenmänner offen erklärt haben, sie würden jetzt ihre Getreidetermingeschäfte im Auslande abschließen.

Präsident der Reichsbank Dr. Koch: Der Antrag des Grafen Arnim bringt einen ganz neuen Gedanken in das Gesetz, der, wie ich glaube, der Absicht des Gesetzes nicht entspricht, denn dieses will nur die Verhältnisse an den deutschen Börsen regeln und vor allem den Auswärtigen des Terminhandels entgegenstellen. Namentlich soll das Börsenregister dazu dienen, ungeeignete Personen von der Börse fernzuhalten. In dieser Beziehung trifft das Gesetz auch ethisch-moralische Bestimmungen; daß Geschäfte vieler Personen, die nicht in das Register eingetragen sind, nicht klagbar sein sollen. Der Gedanke des Grafen Arnim ist zwar in der Kommission gestreift worden, aber niemals zum Beschluß erhoben. Graf Arnim hat auch gestern einen kleinen persönlichen Angriff gegen mich gerichtet wegen meiner Veröffentlichung des Ergebnisses der Börsen-enquete-Kommission. Er selbst hat ja auch einen Bericht über die Arbeiten der Kommission herausgegeben. Ich glaube nun nicht, daß derartige Veröffentlichungen unzusammenhängender Äußerungen von Sachverständigen irgend einen Werth haben, auch werden sie wohl keinen großen Erfolg finden. Der krasseste Vorwurf, den ich veröffentlicht habe, enthält völlig objektive Gründe sowohl der Majorität als auch der Minorität. Der Antrag des Grafen Arnim will nun die rechtliche Unwirksamkeit der im Auslande geschlossenen Geschäfte, selbst wenn sie von Deuten gemacht sind, die in das Börsenregister eingetragen waren, und im Waaren, für die der Bundesrath das Termingeschäft nicht verboten hat. Termingeschäfte werden im Auslande sicher stattfinden, der Richter wird aber, wenn sie contra bonos mores stattfinden, schon an und für sich die Ungültigkeit aussprechen. Ich bezweifle auch die Wirksamkeit des Antrages des Grafen Arnim. Denn, wenn unbekannte Personen Geschäfte machen wollen, dann werden die ausländischen Firmen sicherlich ein Depot verlangen, an das sie sich halten können. Der Antrag Graf Arnim stellt auch die Gegenseitigkeitsverträge mit anderen Staaten in Frage und wird vielleicht zu Repressalien seitens der anderen Staaten führen. Ich glaube deshalb, daß der Antrag nicht gerechtfertigt ist und bitte Sie, ihn abzulehnen.

Abg. Dr. Baasche (nl.) erklärt, daß seine Partei mit Rücksicht auf die im Bundesrath schwebenden Verhandlungen auf die Stellung eines Antrages, betr. das Verbot des Terminhandels in Rammzug, verzichtet haben. Hoffentlich werde der Bundesrath bald selbst ein solches Verbot eintreten lassen.

Abg. Gamp (Kpt.) hält das Börsenregister im Falle der Annahme des Antrages Arnim für überflüssig. Sollten hingegen der Antrag Arnim abgelehnt werden, so müßte das Register ausdrücklich auf Getreide und Mühlenfabrikate ausgedehnt werden. Die Äußerung des Reichsbankpräsidenten, wonach der Antrag Graf Arnim den Gewohnheiten des internationalen Verkehrs widerspricht, sei nicht richtig. Redner spricht ferner den Wunsch aus, daß endlich das Verbot des Terminhandels im Rammzug vom Bundesrath ausgesprochen werde.

Staatssekretär im Reichsamt des Auswärtigen Freiherr von Marbach verpflichtet den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten in Bezug auf die Gewohnheiten des internationalen Verkehrs bei und verliest die einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung. Daraus gehe hervor, daß wenn das Gesetz, auf welchem das Urtheil eines ausländischen Gerichts beruht, bei uns verboten ist, dies die Vollstreckung des Urtheils nicht hindert, da das Vollstreckungsurtheil ohne Prüfung der Gesetzmäßigkeit zu erlassen sei. Der Antrag verstoße gegen die Gegenseitigkeitsverträge.

Abg. Graf Stolberg (kon.) tritt für den Antrag Graf Arnim ein und beantragt, die Worte „soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen“ hinzuzufügen.

Abg. Dr. Barth (Frl. Berg.) wendet sich gegen die Forderung des Verbots des Terminhandels in Rammzug; Redner hätte es lieber gesehen, wenn ein dritter Antrag in dieser Beziehung gestellt wäre, damit das Haus sich eingehend mit der Frage hätte befassen können.

Reichsbankpräsident Dr. Koch wendet sich nochmals gegen den Antrag Arnim.

Abg. Schmidt-Barth (Kpt.) begrüßt den Antrag Arnim als eine erfreuliche Verbesserung des Gesetzes.

Abg. Graf Arnim tritt nochmals für seinen Antrag ein und wirft bei dieser Gelegenheit dem Reichsbankpräsidenten vor, daß dieser sich bemühe, die Wirkung der Vorlage abzuschwächen.

Reichsbankpräsident Dr. Koch verweist auf seine Rede bei der ersten Lesung, woraus hervorgehe, daß er kein Gegner der Börsenreform sei.

Hiermit schließt die Debatte.

§ 50 wird unter Ablehnung des Antrages Arnim, für den nur die beiden konservativen Parteien, die Antisemiten und ein Theil des Centrums stimmen, in der Fassung der zweiten Lesung gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien, der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten mit dem Verbot des börsenmäßigen Terminhandels angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest der Vorlage sowie ein Antrag Gamp, wonach die Bestimmungen des Gesetzes am 1. Januar 1897, die über das Börsenregister aber schon am 1. November 1896 in Kraft treten.

Angenommen ward ferner folgende Resolution, Graf Kanitz, mit denjenigen Staaten, in welchen noch Getreidetermingeschäfte bestehen, beizugehen, die selben in Verbindung zu treten, sowie folgende Resolutionen Graf von Kanitz und Graf v. Arnim, die Regierungen zu ersuchen, in Rücksicht auf die durch das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten notwendige Veränderungen des Geschäftsverkehrs an den Produktbörsen, sowie beizugehen, der auf dem Lokomarkt u. A. in Bezug auf die Preisfeststellung hervorgetretenen schweren Mängel dem Bundesrath resp. den Landesregierungen nachstehende Gesichtspunkte bei Beschlußfassung über die Organisation der Produktbörsen zur Berücksichtigung zu empfehlen. 1. Für Geschäfte, welche an deutschen Produkten-



V. **Fraustadt**, 7. Juni. [ i r c h e n j u b i l ä u m . ] Die 250jährige Jubelfeier der Erbauung der hiesigen evangelisch-neu-schottischen Kirche verlief am heutigen Tage in prächtiger Weise. Die Kirche selbst war mit Laubgewinden und grünen Kiefern geschmackvoll decorirt. Die Spitzen der staatlichen und kirchlichen Behörden, mehrere Pastoren des Kirchenkreises und zahlreiche geladene Gäste versammelten sich im Pfarrhause und wurden von den Mitgliedern des Gemeindefkirchenrathes in das Gotteshaus unter Glockengeläut geführt. Der Präsident des Konfistoriums v. b. Stoecken, der Ober-Konfistorialrath D. Reichard, sowie der Präses der Provinzial-Synode, Geheimrer Regierungen- und Provinzial-Schulrath Polze aus Polen, waren gleichfalls erschienen. Um 10 Uhr begann der Gottesdienst mit dem Gesänge des Choral: „Lobe den Herren,“ unter Musikbegleitung. Die Liturgie wurde vom Pastor Düb-Übersdorf gehalten, nach deren Beendigung der Pastor Braune die Kanzel bestieg und die Festpredigt hielt über den Psalm 100, worauf der Kirchenchor die von dem Hauptlehrer und Kantor Braude hieselbst componirte Motette: „Laut durch die Wälder schallt Jehobahs großer Name!“ Sodann betrat der Ober-Konfistorialrath D. Reichard den Altar und richtete herrliche Worte an die Jubel-gemeinde, unter Zugrundelegung der Textworte: „Der Herr ist meine Stärke und mein Lobgesang und ist mein Heil.“ Nach dem Segen und dem agendenmäßigen Schlußvers hatte die erhabene Feier ihr Ende erreicht. Von den Rittergutsbesitzern Freih. von Seherr-Thoh, Fürmann-Giersdorf, Krau von Hofe-Röhrsorf, Kiano wurde eine Patene und eine prachtvolle Hostienbüchse zum Geschenk gemacht. Nachmittags 1 Uhr fand auf Einladung des Gemeindefkirchenrathes hin im Eichen Saal ein gemeinschaftliches Mahl statt, bei welchem die üblichen Toaste nicht fehlten. Aus der Geschichte über die Kirche entnehmen wir Folgendes: Der erste Gottesdienst in dem zur Kirche eingerichteten Kreterum, welche zur „heiligen Dreifaltigkeit“ genannt wurde, ward am ersten Sonntag v. Trin. 1846 gehalten. Das Entkommen des ersten Predigers war auf 243 Mark jährlich festgesetzt. Am 9. Mai 1748 zerstörte ein Blitzknall den Thurm der Kirche, welche inmitten des jetzigen Oberplatzes stand und wegen Baußälligkeit 1786 gänzlich abge-



tragen werden mußte. Der Neubau von Fachwerk erfolgte auf derselben Stelle und wurde im Jahre 1801 bei dem großen Brande ein Raub der Flammen. Dem Wiederaufbau legten sich Schwierigkeiten entgegen, jedoch betraute 4 Jahre bis zum Wiederaufbau verfloßen. 1846 feierte die Gemeinde das 200jährige Bestehen der Kirche. Zum Gedächtnis desselben wurde in der Vorhalle der Kirche eine Tafel mit der Inschrift: „1846.“ Giebt zu seinen Ehren ein mit Danken. „1846“, angebracht.

**rs. Rastwik, 7. Juni.** [Feuer.] Gestern Nachmittag wurde zu Doctorowo bei Gräg ein großes Feuer, welches sieben Wohnhäuser nebst einigen anderen Gebäuden in Asche gelegt haben soll.

**o Protoschin, 7. Juni.** [Droschkentischer Streit.] Auf dem hiesigen Bahnhofe war gestern Nachmittag keine einzige Droschke aufgestellt, da die hiesigen Droschkentischer — elf an der Zahl — streikten. Veranlassung hierzu hat die Neueinführung einer Polizeiordnung vom 1. Dezember 1875 gegeben, nach welcher die Droschkentischer mit ihrem Gefährte auf dem Haltestellenplatze auf dem hiesigen Markte aufgestellt zu nehmen haben. Die Droschker wollen sich dieser Polizeiordnung nicht fügen und haben die ihnen erteilten Konzessionen zurückgegeben.

## Telegraphische Nachrichten.

**Neu-Ruppin, 6. Juni.** Nach amtlicher Feststellung ergaben bei der am 2. d. M. im Reichstagswahlkreise Ruppin-Teuplin stattgehabten Stichwahl von 18457 abgegebenen Stimmen Bessing (Fr. Vp.) 9764 und v. Arnim (konf.) 8693. Ersterer ist mitthin gewählt.

**Schwierin i. Meckl., 7. Juni.** Der Großherzog ist heute Vormittag 9 Uhr hier wieder eingetroffen.

**Ansbach, 7. Juni.** Bei der Stichwahl im Wahlkreise Ansbach-Schwabach erhielten Dr. Konrad (Volksp.) 6950 Stimmen, Guldner (konf.) 5800 Stimmen. Die Wahl Dr. Konrads ist wahrscheinlich, da nur noch einige Ortschaften fehlen, deren Wahlergebnisse für das Gesamtergebnis ohne Bedeutung sind.

**Nürnberg, 7. Juni.** Heute tagte hier die Versammlung der bayerischen Journalisten, Schriftsteller und Verleger. Die Verhandlungen begannen Vormittags 9 Uhr im Saale der Museums-Gesellschaft in Anwesenheit des ersten Bürgermeisters Dr. v. Schub. Ritter von Schmölke hielt die Festrede, worauf Bürgermeister Dr. v. Schub mit einer Ansprache antwortete, in der er auf die hohen Kulturaufgaben der deutschen Schriftsteller hinwies und am Schluß die Anwesenden Namens der Stadt willkommen hieß. Die Versammlung beschloß die Organisation einer bayerischen Berufsvereinschaft zur Wahrung ihrer Interessen; ferner die Schaffung von humanitären Einrichtungen für die Angehörigen ihres Berufes. Des Weiteren wurde nach lebhafter Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Rechtspflege in Preussentum muß den tatsächlichen Verhältnissen, unter denen die Herstellung einer Zeitung erfolgt, Rechnung tragen. Angesichts der zunehmenden, neuzeitlichen Geistes-Interpretation, welche dem Wesen, der Aufgabe und der Rechtfertigung der Presse zuwiderlaufen, ist es im öffentlichen und im Interesse der Presse geboten, daß das Schwurgericht das unverrückbare Forum für alle Preßprozesse bleibe und daß anhaltend und entschieden mit allen geeigneten Mitteln, im Wege von Bartel, Parlament, Vereinen und Versammlungen, sowie der Preßthätigkeit besonders auch mittels Organisirung aller im journalistischen Berufe Lebenden dahin gewirkt wird, daß die Verhältnisse der Preßverhältnisse der Presse zu verschlechtern sowie den Gerichtsgang der Presse zu verrücken, abgewehrt werden.“

**Wien, 6. Juni.** Nach neueren Berichten ist der Besuch des Zaren doch in zweiter Augushälfte zu erwarten.

**Wien, 6. Juni.** Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die strafrechtlichen Bestimmungen betreffend den Betrieb von Auswanderungsgeschäften und die Beschlüsse über die gesetzliche Regelung des Auswanderungswesens an und forderte die Regierung auf, mit denjenigen auswärtigen Staaten, in denen sich zahlreiche österreichische Auswanderer befinden, dahingehende Verträge abzuschließen, daß der österreichischen Regierung über Geburten, Trauungen und Todesfälle österreichischer Unterthanen authentische Mittheilungen gemacht würden. — Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf den nächsten Sonnabend anberaumt ist, steht die Beratung über das Bundessteuergesetz.

**Wien, 6. Juni.** Die österreichische Quoten-Deputation hält in ihrer Antwort an die ungarische Quoten-Deputation fest am dem Antrag des ersten österreichischen Ministerrats und erklärt, die österreichische Deputation sei nicht in der Lage, den von der ungarischen Deputation gestellten Anträgen zuzustimmen, halte vielmehr an der Ansicht fest, daß die unzureichend verbesserten finanziellen Verhältnisse Ungarns eine Erhöhung der ungarischen Quote als gerechtfertigt erscheinen lassen.

**Budapest, 6. Juni.** Heute Vormittag wurde im Beisein des Königs und anderer Mitglieder des Herrscherhauses die Grundsteinlegung des neuen Flügels der Ofener Hofburg vorgenommen.

Die Hofburg war aus diesem Anlaß festlich geschmückt. Es war eine besondere Tribüne errichtet, auf welcher das diplomatische Korps, das Kommandokorps, die Mitglieder der beiden Häuser des Reichstages u. dgl. genommen hatten. In dem prachtvollen Brunnentempel, welches für den König errichtet war, erschienen diejenigen Würdenträger, welche das in den Grundstein zu legenden Dokument unterfertigten. Vor dem Zelte nahmen die Wirklichen Geheimräthe, die hervorragendsten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben u. dgl. auf. Die Generalität erschien in Dienstuniform, die übrigen Offiziere in Gala. Die Erzherzoge Ludwig Viktor und Friedrich Josef, die ungarischen Minister, sowie die Begleitung des Königs fanden sich um 9 1/2 Uhr in dem Zelte ein, in welchem auf einem Tische die in den Grundstein einzufügende Urkunde und der bei der Grundsteinlegung zu benutzende Hammer niedergelegt waren. Um 10 Uhr erschien der König in Begleitung des Generaladjutanten und des diensttuenden Flügeladjutanten und wurde mit enthusiastischen Gekruses begrüßt. Ministerpräsident Baron Banffy richtete an den König eine kurze Ansprache, worauf Staatssekretär Tarkovics die Urkunde verlas; der König vollzog dieselbe, welche Johann mit verschiedenen Münzen in einen Blechkasten gelegt und versiegelt wurde. Der König begab sich sodann zu dem Blage der Grundsteinlegung. Nachdem der Blechkasten in den Grundstein gelegt war, wurde letzterer geschlossen, worauf der König die üblichen drei Hammerschläge that. Die anwesenden Erzherzoge und die Würdenträger thaten Johann gleichfalls drei Hammerschläge.

**Budapest, 7. Juni.** Die Deputation der Obergespanne des Landes, sowie die Deputation der Haupt- und Residenzstadt Budapest wurden heute vom Könige empfangen. Ministerpräsident Baron v. Banffy richtete die huldgebende Ansprache an den Monarchen, auf welche derselbe antwortete, indem er auf die Bedeutung der Obergespanne für das öffentliche Leben der Komitate hinwies und sie aufforderte, ihren Eifer und ihre Treue auch fernerhin zum Wohle des

Landes und der Bevölkerung zu betheiligen. Hofmarschall Graf Ludwig Apponyi führte sodann die Huldigungsdeputation der Haupt- und Residenzstadt in den Audienzsaal. Oberbürgermeister Karl Rath richtete eine begeisterte, huldgebende Ansprache an den König, welche derselbe beantwortete, indem er auf die historische Entwicklung der Schwesterstädte Ofen und Pest hinwies und denselben ferner Blühen und Gedeihen wünschte. — Heute als am letzten Tage der Befestigung der zur Schau gestellten Kroninsignien herrschte eine wahre Völkermigration zu der Krönungskirche in der Ofener Festung, da noch Viele die Insignien besichtigen wollten. Abends 5 Uhr wurden die Insignien in die Sakristei gebracht und werden morgen zur feierlichen Festsetzung des Reichstages von dort abgeholt werden.

**Rom, 6. Juni.** Der Zar soll dem Kronprinzen Viktor Emanuel für den Herbst den Besuch des italienischen Hofes zugesagt haben.

**Masinaua, 6. Juni.** Oberst Arimondi hat vom Schlachtfelde von Abua am 3. d. M. telegraphirt, daß weitere 443 Italiener und 155 Eingeborene beerdigt worden sind und daß am 4. d. M. eine Trauermesse für die Gefallenen stattfinden sollte. Alles wickelte sich befriedigend ab. — Der von Menelik gefangen gehaltene Lieutenant Lori ist in Asmara eingetroffen.

## Prozeß Barattieri.

**Masinaua, 6. Juni.** Der Prozeß gegen General Barattieri hat gestern begonnen. Nach Verlesung der Anklageschrift wurden von der Vertheidigung sechs Nichtigkeits-einwände gegen die Strafuntersuchung erhoben, welche jedoch abgewiesen wurden. Auf Verlangen der Anklagebehörde schloß das Gericht den General Valbissara als Entlastungszeugen aus. Sodann wurden der Bericht der höchsten Kommando-stelle über die Schlacht vom 1. März und die militärischen Personalakten des Generals Barattieri verlesen. Danach begann Barattieri sein Verhalten genau auseinander zu setzen, doch wurde die Verhandlung wegen des erschöpften Zustandes Barattieris auf heute Vormittag vertagt.

**Masinaua, 7. Juni.** Gestern wurden zwei Sitzungen abgehalten, in welchen das Verhör des Generals Barattieri beendet wurde. Auf Antrag des Vertreters der Anklagebehörde und des Vertheidigers wurden verschiedene Dokumente aus dem Grünbuche über Aethiopien verlesen. In der Nachmittagsitzung wurde das Ergebnis der durch den Obersten Corticelli vorgenommenen militärtechnischen Untersuchung verlesen und der Zeuge Oberst Valenzano vernommen.

**Petersburg, 7. Juni.** Nach einem heute erschienenen Berichte der Regierung beträgt die Zahl der Opfer bei der Katastrophe auf dem Chodynskifelde 1360 Tode und 644 Verwundete.

**Moskau, 6. Juni.** Heute Vormittag fand anlässlich des Geburtstages der Kaiserin ein Morgenständchen statt, welchem auch die deutschen Künstler und Künstlerinnen, die in dem gestrigen Konzert bei dem deutschen Botschafter mitgewirkt hatten, beizuhöhen. Später wurde in der Palais-kirche in Anwesenheit der Majestäten und der Fürstlichkeiten ein Festgottesdienst abgehalten; die hohen Würdenträger und die Gefolge wohnten einem in der Erlöserkirche abgehaltenen feierlichen Gottesdienste bei.

Heute Abend 7 Uhr fand im Kremischlosse ein Fest-mahl zu Ehren der fremden Botschafter und Gesandten statt.

**Moskau, 7. Juni.** Der Kaiser nahm heute Mittag bei herrlichem Sonnenschein die Parade über 87 Bataillone Infanterie, 40 Schwadronen Kavallerie, 3 Sotnien Kosaken, 96 Batterien Fußartillerie und 24 Batterien reitender Artillerie, insgesamt etwa 50 000 Mann, ab. Die Truppen waren auf dem Chodynskifelde aufgestellt. Die zur Seite des Kaiserpavillons vor dem Petrowsky Palais errichteten Tribünen waren dicht besetzt, auch die von den Truppen freigelassenen Stellen des Chodynskifeldes waren vom Publikum, zumelst dem einfachen Volke angehörig, eingenommen. Die Parade wurde vom Großfürsten Wladimir kommandirt. Nachdem die geladenen Persönlichkeiten eingetroffen waren, stieg der Kaiser am Petrowsky-Palais zu Pferde; die Großfürsten und ausländischen Fürstlichkeiten folgten zu Pferde, während die Kaiserin, die Kaiserin-Wittve und die Prinzessinnen in Salawagen Platz nahmen. Als der glänzende Zug sich dem Chodynskifelde näherte, brach das Publikum in brausende Hurrahrufe aus. Der Kaiser ritt, von dem glänzenden Gefolge begleitet, auf die Front zu; die Musikkapellen begannen zu spielen, die Fahnen und Standarten salutirten. Der Kaiser ritt die Front ab und begrüßte die Truppen; die Kapellen intonirten die Nationalhymne, die Truppen beantworteten den Gruß des Kaisers mit donnernden Hurrahrufen. Nach dem Abreiten der Front nahm der Kaiser den Paradeumarsch der Truppen ab. Nach der Parade fand im Petrowsky Palais ein Frühstück statt.

**Paris, 6. Juni.** Die englische Regierung hat die offizielle Delegation Englands an der Pariser Weltausstellung beschlossen. — Mehrere Blätter dementiren das Gerücht, das Lebelgewehr solle durch ein neues Gewehr ersetzt werden.

**Paris, 6. Juni.** Ein heute veröffentlichtes Dekret verbietet die Einfuhr und den Verkauf von Flinten und Pulver in Madagaskar.

**Paris, 7. Juni.** Jules Simon leidet seit einiger Zeit an einer nervösen Magenkrankheit. Infolge mangelhafter Nahrungsaufnahme trat gestern ein sehr bedenklicher Schwächezustand ein. Derselbe nahm so zu, daß heute Abend dem Kranken die Sterbesakramente gereicht wurden. Darauf verfiel Jules Simon in einen komaartigen Zustand.

**Madrid, 6. Juni.** Unter den Gesetzesvorlagen, welche

dem Vernehmen nach der Finanzminister im Parlamente einbringen wird, soll sich auch eine befinden, durch welche auf die Einfuhr ausländischer Kohlen ein Zuschlagssoll von einer Besele per Tonne gelegt wird.

**Madrid, 6. Juni.** Durch Dekret wird General Borero von dem Oberbefehl über das sechste Korps enthoben.

**Savannah, 6. Juni.** Die Aufständischen sprengten einen Eisenbahnzug mittels Dynamits in die Luft. Ein Passagier wurde getödtet. Durch die Regenzeit beginnen die militärischen Operationen sehr schwierig zu werden.

**Madrid, 7. Juni.** Zwei Dynamitpatronen explodirten vor dem Hause des Pfarrers in Orendain in der Nähe von San Sebastian. Der Schaden ist groß. Personen wurden nicht verletzt.

**Barcelona, 7. Juni.** In der Nähe der Kathedrale wurden zwei Orsinibomben aufgefunden; dieselben sind dem Arsenal übergeben worden, um analysirt zu werden. Gestern Abend explodirte im Augenblick des Eintritts einer Prozession in die Kirche Santa Maria eine Bombe. 6 Personen wurden getödtet und 30 verwundet. In der Stadt herrscht große Panik.

**London, 7. Juni.** Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Kassa: Die sudanesischen und ägyptischen Truppen griffen nach einem Marsch, der die ganze Nacht hindurch gedauert hatte, die Derwische heute früh 5 Uhr bei Firket (Ferkel) an und zerstreuten sie vollständig.

**London, 7. Juni.** Nach aus Kairo im Kriegsministerium eingegangenen amtlichen Depeschen über das Geschehen bei Firket überraschte Kitchener Pascha die Derwische heute früh bei Tagesanbruch und schlug dieselben trotz heftigen Widerstandes und hartnäckiger Vertheidigung der Stellungen aus den Hügeln und den Dörfern vollständig. Engländerseits kamen keine Verluste vor. Die Engländer eroberten das Lager der Derwische.

**Kassa, 7. Juni.** Die Derwische verloren in der Schlacht bei Firket gegen 1000 Tode, darunter ihren Führer, den Emir Hammuta. Der ägyptische Verlust betrug 20 Tode und 80 Verwundete. Hunderte von Derwischen wurden gefangen genommen.

**London, 6. Juni.** Ueber die gestrige Sitzung des Unterhauses wird noch gemeldet: Im Laufe der Debatte über den Antrag Liboures fragte Dalziel, ob die Regierung die in dem Grünbuche enthaltene Wiedergabe der Unterhaltung des italienischen Botschafters mit Lord Salisbury in Abrede stelle. Der erste Lord des Schatzes Balfour schüttelte den Kopf. Hierauf fragte Dalziel, ob Balfour die Genauigkeit des Berichtes in Abrede stelle, worauf Balfour erwiderte, er habe nie dessen Genauigkeit zugegeben. Auf eine weitere Frage Dalziels, ob er verstanden habe, daß Balfour die Genauigkeit dementire, erwiderte Balfour, es sei nicht seine Sache, eine Erklärung des Botschafters zu widerlegen, aber die Regierung gebe die Genauigkeit der Erklärung sicher nicht zu.

**Konstantinopel, 6. Juni.** Die Dicht „Starnika“ mit dem Großfürsten Thronfolger an Bord ist nach Sebastopol abgedampft.

**Athen, 7. Juni.** Der Ministerpräsident Delhannis hat an Stelle des erkrankten Justizministers Barboglis interimistisch die Leitung des Justizministeriums übernommen.

Die Regierung hat einen Kredit von 20 000 Drachmen zu Gunsten der flüchtigen Kretenser gefordert.

**Cettinje, 7. Juni.** Der Fürst von Montenegro verließ seine Stelle nach Konstantinopel, Belgrad und Sofia wegen Erkrankung des Prinzen Mirko in Moskau.

**Philippopol, 7. Juni.** Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, richtete die Pforte auf die letzten Vorstellungen der Botschafter bezüglich Zeitungs durch ihre diplomatischen Vertreter im Auslande ein Rundschreiben an die Mächte, in dem die Bewohner Zeitungs neuer Antriebe und Gewaltthatigkeiten gegen die Truppen angeklagt und die Mächte ersucht werden, auf die Ernennung christlicher Kaimakams, welche zu einem späteren Zeitpunkt für alle diejenigen Distrikte, in denen es geboten erscheint, erfolgen wird, jetzt nicht zu dringen, da sonst erneute Unruhen zu befürchten seien.

## Zur Lage auf Kreta.

**Konstantinopel, 6. Juni.** Die Beruhigung der aufständischen Bezirke Apokorona und Rethyma auf Kreta durch Abdullah-Pascha schreitet stetig fort, die übrigen 15 Bezirke der Insel verhalten sich andauernd ruhig. In türkischen Kreisen versichert man, im Besitze von Beweisen zu sein, daß der Aufstand auf Kreta von griechischer Seite unterstützt werde, da unter den bei den Aufständischen vorgefundenen Kriegswaffen sich auch solche griechischer Herkunft befänden. Einen mit den Seiten des russischen Geschäftsträgers bezüglich Kretas bei der Pforte erhobenen Vorstellungen analogen Schritt hat auch der französische Botschafter in Konstantinopel Cambon unternommen, indem er der Pforte den Rath erteilte, nach Unterdrückung des Aufstandes im eigenen Interesse den Vertrag von Halepa wieder anzuerkennen. In hiesigen diplomatischen Kreisen hält man die Fortsetzung der Versuche Griechenlands, eine diplomatische Intervention in der kretensischen Frage herbeizuführen, für wahrscheinlich.

**Konstantinopel, 7. Juni.** In der Audienz, welche der französische Botschafter Cambon gestern beim Sultan hatte, wiederholte er seine bereits früher gemachten Rathschläge über Kreta. Die nach Kreta entsandten Verstärkungen sind nunmehr bis auf 2 Bataillone dort eingetroffen, so daß die gegenwärtige Besatzung der Insel 32 Bataillone beträgt, eine Stärke, welche auch für den Fall genügen dürfte, daß der Aufstand größere Dimensionen annehmen sollte.

**Athen, 6. Juni.** Nach einer mittelfst Segelschiffes von Santorin hier eingegangenen Nachricht, belagert die muslimanische Bevölkerung Heraklion, wo eine lebhafteste Bestürzung



\_\_\_\_\_

Amsterdam, 6. Juni. Bancairn 37.

Die Requirirungspreise wurden festgelegt: für Weizen auf 149,50 M. per 1000 Kilo, für Roggen auf 115,00 M. per 1000 Kilo, für Hafer auf 123,00 Mark per 1000 Kilo, für Spiritus auf 38,40 M. per 10000 Liter-Prozent. (M. 8.)

Sind aus Verlag der Hofbuchdruckerei: J. B. Neuberger u. C. in Berlin.